

Offener Brief

der »Mandelbachtaler Initiative Aufstehen gegen Rechts«
an die saarländischen Abgeordneten des Bundestags
Per eMail versandt am 28.11.2024

Betreff: Unterstützung des Antrags zur Prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD

Sehr geehrte Abgeordnete aus unserem schönen Saarland,

als gewählte Mitglieder des Deutschen Bundestages tragen Sie Verantwortung für den Schutz unserer Demokratie und der freiheitlichen Werte, die unser Grundgesetz verkörpert. Diese Verantwortung steht derzeit vor einer besonderen Herausforderung: Die AfD zeigt in ihren Zielen und dem Verhalten vieler ihrer Funktionäre Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen. Aus diesem Grund liegt dem Bundestag der Antrag vor, ein Verfahren zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten.

Die Grundlage dieses Antrags ist eindeutig: Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes bestimmt, dass Parteien, die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, als verfassungswidrig einzustufen sind. Die Entscheidung darüber obliegt allein dem Bundesverfassungsgericht – eine Regelung, die als Lehre aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus eingeführt wurde.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes verfolgt die AfD ein politisches Konzept, das sich gegen zentrale Prinzipien unserer Verfassung richtet, insbesondere gegen die Menschenwürde und das Demokratieprinzip. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat kürzlich bestätigt, dass ausreichend belastbare Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der AfD vorliegen. Dazu zählen:

- Diskriminierende und ausgrenzende Positionen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, religiösen Minderheiten, Menschen mit Behinderungen sowie nicht-heteronormativen Personen.
- Ein ethnisch-kultureller Volksbegriff, der die rechtliche Gleichheit aller Staatsangehörigen infrage stellt.
- Die wiederholte Verwendung nationalsozialistischer Rhetorik und das Bagatellisieren von NS-Verbrechen durch führende Funktionäre.
- Aussagen und Handlungen, die demokratische Institutionen und das parlamentarische System diffamieren, teilweise unter Befürwortung eines gewaltsamen Umsturzes.

Angesichts dieser Fakten liegt es in der Verantwortung des Deutschen Bundestages, das Verfahren zur Prüfung der Verfassungswidrigkeit einzuleiten. Diese Prüfung stellt keinen Vorab-Schuldspruch dar, sondern dient der Klärung, ob die AfD noch im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung handelt oder diese aktiv angreift.

Wir bitten Sie daher eindringlich, den Antrag zu unterstützen. Es ist ein Signal, dass der Bundestag konsequent gegen Bedrohungen unserer Demokratie vorgeht. Der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darf niemals verhandelbar sein. Indem Sie diesen Antrag befürworten, setzen Sie ein klares Zeichen für den Erhalt der Werte, die unser Land zusammenhalten.

Vielen Dank für Ihre Überlegungen und Ihre Arbeit im Sinne unserer Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

im Namen der Mandelbachtaler Initiative „Aufstehen-gegen-Rechts“

Dr. Daniela Mayer



<https://aufstehen-gegen-rechts.de>

**Spendenkonto: Mandelbachtaler Initiative Aufstehen gegen Rechts
DE98 5945 0010 1030 7565 46**